



KANTON
NIDWALDEN

LANDAMMANN UND
REGIERUNGSRAT

Dorfplatz 2, Postfach 1246, 6371 Stans
Telefon 041 618 79 02, www.nw.ch

CH-6371 Stans, Dorfplatz 2, Postfach 1246, STK

PER E-MAIL

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft,
Bildung und Forschung WBF
Herr Bundesrat Guy Parmelin
Bundeshaus Ost
3003 Bern

Stans, 17. Dezember 2019

Änderung des Bundesgesetzes über die Förderung der Forschung und der Innovation. Stellungnahme

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Brief vom 20. September 2019 haben Sie die Kantonsregierungen eingeladen, zum *Bundesgesetz über die Förderung der Forschung und der Innovation* Stellung zu nehmen. Gerne lassen wir uns wie folgt vernehmen.

Allgemeine Bemerkungen

Grundsätzlich sind wir mit der Änderung des *Bundesgesetzes über die Förderung der Forschung und der Innovation* einverstanden, welche die Förderung der wissenschaftsbasierten Innovation durch die Innosuisse so ausgestaltet, dass sie sich besser an das dynamische Umfeld anpassen kann. Als kleines Land ohne Rohstoffe sind wir darauf angewiesen, weiterhin dynamisch und vorausschauend Bestleistungen in den Bereichen Wissenschaft, Forschung und Innovation zu erbringen.

Aus unserer Sicht wird allerdings der Begriff der Innovation zu eng auf die wirtschaftsnahen – sprich technischen, ökonomischen und naturwissenschaftlichen – Bereiche begrenzt. Innovation findet aber darüber hinaus in den Bereichen der Geistes-, der Sozialwissenschaften und der Kultur statt und hat damit für die Gesellschaft entsprechende soziale, kulturelle und bildungsbezogene Auswirkungen.

Spezifische Hinweise

1. Das zweite Argument des Erläuterungstexts (mehrheitliche Anstellung von «Senior Scientists» und weniger von Doktorandinnen und Doktoranden und entsprechend höhere Projektkosten) trifft auch auf die Fachhochschulen zu. Daraus ergibt sich folgende Ergänzung:

Art. 23 Abs. 2: «Der Bundesrat kann dem Parlament beantragen, dass es für die vom Bund unterstützten Technologiekompetenzzentren (Art. 15 Abs. 3 Bst. c) und für die Fachhochschulen einen höheren Beitragshöchstsatz für den Overhead festlegt als für die übrigen Hochschulforschungsstätten.»

2. Die Technologiekompetenzzentren betreffend stellen wir mit Genugtuung fest, dass der vorliegende Entwurf im Rahmen von Art. 23 Abs. 2 und 3 deren Herausforderung erkennt und berücksichtigt: Die Tatsache, dass die Technologiekompetenzzentren für ihre indirekten Forschungskosten aufzukommen und gleichzeitig die Qualität ihrer Dienstleistungen sicherzustellen haben. Damit diese Zentren aber langfristig wettbewerbsfähig bleiben, sollte die Beschaffung von Industriegeldern und kompetitiv eingeworbenen Drittmitteln insbesondere durch eine verbesserte Übernahme der indirekten Forschungskosten in den Tarifen von Innosuisse gefördert werden. Die mögliche Festlegung des Beitragshöchstansatzes der Innosuisse bei 25 % erscheint uns dabei nicht zielführend.

In diesem Sinne schlagen wir vor, den Bericht zur Gesetzesänderung S. 14 wie folgt anzupassen: «Das Verfahren bleibt ansonsten dasselbe: Das Parlament entscheidet mittels Bundesbeschluss über den maximalen Overheadsatz pro Periode, kann hierbei auf Antrag des Bundesrates aber, je nachdem ob es sich um Technologiekompetenzzentren oder Hochschulforschungsstätten handelt, differenzieren (~~z.B. maximal 25 % für Technologiekompetenzzentren und maximal 15 % für alle übrigen Hochschulforschungsstätten~~).»

Wir danken für die Gelegenheit zur Stellungnahme und bitten Sie, unsere Vorschläge, und Hinweise bei der weiteren Bearbeitung der Vorlage zu berücksichtigen.

Freundliche Grüsse
NAMENS DES REGIERUNGSRATES


Alfred Bossard
Landammann




lic. iur. Hugo Murer
Landschreiber

Geht an:
- beatrice.tobler@sbfi.admin.ch